

Als Nahost-Makler untauglich

Im Nahen Osten hat die Bundesrepublik dreißig Jahre lang keine besonders rühmensewerte Politik betrieben, aber sie war halbwegs klug und jedenfalls gänzlich unriskant. Sie hat sich systematisch den israelisch-arabischen Querelen entzogen und es dabei geschafft, gut Freund mit jedermann zu sein. Sie hat auch, solange es ging, die Parteinahme für den Irak oder Iran vermieden und lieber Handel mit beiden getrieben.

Nun hat sich Helmut Kohl als Vermittler angeboten – nach „guten und herzlichen“ Gesprächen mit Israels Premier Netanjahu. Das ist eine nette Geste, aber ist sie auch durchdacht? In Nahost gibt es für Makler wenig zu gewinnen und um so mehr zu verlieren. Die USA vermitteln seit Menschengedenken, Erfolg haben sie nur einmal gehabt: als Kairo und Jerusalem zu Begins und Sadats Zeiten sich im Grundsatz selbst geeignet hatten und in Camp David unter Vorsitz

von Jimmy Carter noch mal eine Streit-Show vorspielten, um von ihrem Patron ein Maximum an Wohltaten herauszuschlagen. Seitdem zahlt Washington beiden Seiten jährlich drei Milliarden Dollar.

Doch Arafat und Netanjahu? Sie sind noch Lichtjahre von einem Deal entfernt; gerade deswegen fahren sie durch die Welt, um Stimmung gegen den jeweils anderen zu machen. Sie wollen Mäzene, nicht Makler. Die eine Rolle darf, die andere kann Bonn nicht spielen. Selbst das großmächtige Amerika kann Israelis und Palästinenser nicht in die Friedenszone zwingen. Überdies, wer das Geschäft makelt, ist hinterher verantwortlich fürs Gelingen. Er muß in letzter Konsequenz jeden vor dem anderen schützen, denn nach wie vor geht es ums Existentielle. Dazu fehlt den Deutschen die Kraft – und der Wille sowieso.

jj